

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

- Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga
- Bundesrat Bundesrat Alain Berset
- Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren

Liestal, 9. Dezember 2020

Stellungnahme des Regierungsrats des Kantons Basel-Landschaft zu der vom Bundesrat am 8. Dezember 2020 angekündigten Verschärfung der Covid-19-Massnahmen

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin
Sehr geehrter Herr Bundesrat
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Kantonsregierungen

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft gehört zu den Kantonen, die sich am letzten Samstag, 5. Dezember 2020, zu den geplanten Massnahmen gegen die Ausbreitung des Covid-19-Virus mit Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga und Bundesrat Alain Berset austauschen konnten. In diesem Rahmen hat der Regierungsrat geplante kantonale Massnahmen angekündigt, die am Dienstag, 8. Dezember 2020, vom Regierungsrat beschlossen und am 11. Dezember 2020 in Kraft gesetzt worden wären.

Im Widerspruch zu den zwischen Bundesrat und Regierungsrat geführten Gesprächen teilte der Bundesrat am Dienstagabend, 8. Dezember 2020, den Kantonen im Rahmen einer Medienorientierung mit, dass er «in einem mehrstufigen Prozess die Situationen rasch verbessern» und «die nationalen Massnahmen vereinheitlichen und verschärfen» wolle und stellte Massnahmen vor, die ab 12. Dezember 2020 in Kraft gesetzt würden.

Für den Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft ist dieses Vorgehen äusserst befremdend. Zuerst werden die Kantone aufgerufen, möglichst schnell kantonale Verschärfungen der Corona-Massnahmen zu beschliessen, die sie mit grossem Aufwand auch regional koordiniert haben, anderntags kündigt der Bundesrat anderslautende schweizweite Massnahmen an und ändert damit das Prozedere. Während der Regierungsrat den Bundesrat über sein Vorgehen und seine Absichten informierte, informierte der Bundesrat seinerseits den Regierungsrat nicht darüber, dass er offensichtlich bereits entschieden hatte, schweizweite Massnahmen zu verordnen.

Die Baselbieter Regierung vermisst die in dieser Situation dringend nötige Transparenz des Bundesrats gegenüber den Kantonen. Er drückt zudem seine Sorge darüber aus, dass dadurch die föderalistische Zusammenarbeit im höchsten Mass gefährdet wird.

Die Kursänderung des Bundesrats ist auch wenig hilfreich, um dringend nötige weitere Massnahmen gegen die Ausbreitung der Covid-19-Pandemie wirksam umzusetzen. Denn in der Bevölkerung verursacht die angekündigte Übersteuerung der Kantone durch den Bundesrat ein grosses Mass an Verärgerung und Unsicherheit, was dem konsequenten Einhalten von Massnahmen abträglich ist.

Da der Bundesrat nun schweizweite Massnahmen entsprechend seiner Medienmitteilung vom 8. Dezember 2020 beschliessen wird, verzichtet der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft auf eine detaillierte Stellungnahme im Rahmen der aus formellen Gründen angesetzten Anhörung via die Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK). Zur Kenntnisnahme erhalten Sie die am 8. Dezember 2020 durch den Regierungsrat erlassenen und nach der Ankündigung des Bundesrats wieder sistierte Verordnung zu den kantonalen Massnahmen, die in enger Absprache mit den Nachbarkantonen definiert wurden (siehe [Link](#)). Der Regierungsrat ist überzeugt, dass sie zur Eindämmung der Ausbreitung des Corona-Virus im Sinne der gemeinsamen Zielsetzung von Bund und Kantonen wesentlich beigetragen hätten.

Hochachtungsvoll



Dr. Anton Lauber
Regierungspräsident



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin

Beilage:

- Verordnung über die Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie (Link: [GS 2020.107](#))